

**Ran an die Ursachen.  
Wie verändern wir mit unserer Arbeit strukturelle  
und gesellschaftliche Rahmenbedingungen?**

Dokumentation der entwicklungspolitischen Fachtagung am 14. Februar 2014  
im EineWeltHaus, München

**Veranstalter:**

Landeshauptstadt München  
Nord Süd Forum München e.V.

## Einführung



Die Teilnehmer\_innen der Fachtagung 2014

Keine allzu vorschnellen Erklärungen.  
Umso mehr überzeugende und konkrete Handlungsempfehlungen.  
Und die Utopie einer globalen, solidarischen Gemeinschaft.  
Dies sind markante Aussagen der dritten entwicklungspolitischen Fachtagung.

Rund 65 engagierte Münchnerinnen und Münchner nutzen die vom Nord Süd Forum München e.V. und der Landeshauptstadt München gemeinsam organisierte Plattform des Erfahrungsaustausches, um die eigene Projektarbeit zu reflektieren und mit anderen, bislang ungewohnten Perspektiven zu bereichern. Die in der ersten gemeinsamen Fachtagung von 2010 erarbeiteten Qualitätsstandards für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit gelten hierbei als Grundlage ([www.muenchen-international.de](http://www.muenchen-international.de)). Die These 12 der Standards „Jedes Projekt soll auch die Bekämpfung der Ursachen im Auge behalten“ steht im Fokus dieser Veranstaltung.

Nach einem Impulsvortrag von Thomas Gebauer diskutieren die Teilnehmenden in vier Workshops anhand von verschiedenen Praxisbeispielen Ideen und Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung. Die in den Workshops erarbeiteten Handlungsempfehlungen werden anschließend im Abschlussplenum vorgestellt.

Die vorliegende Dokumentation fasst die wichtigsten Ergebnisse des Erfahrungsaustausches zusammen.

## 1. Tagungsprogramm



Die Gesamtmoderation übernimmt Brigitte Lux, Nord Süd Forum München e.V.

### **Begrüßung durch Hep Monatzeder**

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München

---

### **Begrüßung durch die Moderatorin Brigitte Lux**

Nord Süd Forum München e.V.

---

### **Impulsreferat von Thomas Gebauer**

Geschäftsführung medico international

---

### **Einführung in die Workshops**

**Workshop I:** „Coffee to go“ – mit dem Geschmack der Vertreibung

**Workshop II:** Brigadereisen nach Nicaragua

**Workshop III:** Bau einer neuen Buschclinic

**Workshop IV:** Nach-Beben und Frauenpower an Perus Küste

---

### **Abschlussplenum und Schlussworte von Thomas Gebauer**

## 2. Begrüßung durch Bürgermeister Hep Monatzeder



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Stadt München möchte ich Sie ganz herzlich zur entwicklungspolitischen Fachtagung begrüßen, die wir nun zum dritten Mal gemeinsam mit dem Nord Süd Forum veranstalten.

Es gibt eine Vielzahl an Menschen in München, die sich für eine gerechtere Welt engagieren und mit Projektpartnern im Süden zusammenarbeiten. Die Stadt München begrüßt dieses Engagement sehr und möchte es gerne unterstützen. Mit der Fachtagung wollen wir Ihnen eine Plattform bieten, damit Sie sich über Ihre Arbeit austauschen und dabei auch von der Expertise profitieren können, die professionelle Entwicklungsorganisationen oder Münchner Welt-Gruppen mit langjähriger Erfahrung zu bieten haben.

Es freut mich sehr, dass Sie dieses Angebot auch annehmen und dass auch die dritte Fachtagung gut besucht ist. Der heterogene Teilnehmerkreis verspricht einen spannenden Austausch – die Mitwirkenden kommen aus der Wirtschaft und von Berufsverbänden, aus Studenteninitiativen und Migrantenvereinen, Solidaritäts- und Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Einrichtungen und natürlich Eine-Welt-Gruppen und entwicklungspolitischen Organisationen.

Auf unseren Fachtagungen geht es vor allem um die Frage „Was macht gute Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit aus?“. Einige von Ihnen haben schon an der ersten Fachtagung im Jahr 2010 teilgenommen, wo – ausgehend von dieser Frage – die Münchner Qualitätsstandards für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert und erarbeitet wurden. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Qualitätsstandards im letzten Sommer vom Münchner Stadtrat verabschiedet wurden und nun auch in der Stadtverwaltung Anwendung finden. Sie dienen zum einen als Maßstab für unsere kommunalen Entwicklungspartnerschaften. Wir erwarten aber auch von Organisationen, die wir unterstützen oder mit denen wir zusammenarbeiten, dass sie die Standards berücksichtigen.

Nun sind diese Qualitätsstandards erst einmal nur Theorie und die Umsetzung in der Praxis ist gar nicht so einfach. Deswegen wollen wir nun bei den Fachtagungen jeweils einzelne Aspekte der Standards besonders beleuchten und auf die konkrete Arbeit herunter brechen. Bei der heutigen Veranstaltung behandeln wir insbesondere den Standard Nr. 12 und damit die Frage, wie wir mit unserer Arbeit auch Ursachen bekämpfen können.

Ein sehr wichtiges und auch schwieriges Thema, wie ich meine. Denn aufgrund der humanitären Motivation, die uns sicherlich alle antreibt, wollen wir mit unserem Engagement natürlich den Armen, Kranken, Benachteiligten helfen, und das ist auch richtig so. Dabei kommen wir aber irgendwann unweigerlich zu der Erkenntnis, dass die Armen, Kranken und Benachteiligten nicht weniger werden, solange sich nicht auch die gesellschaftlichen und strukturellen Bedingungen ändern. Ursachenbekämpfung ist allerdings eine langwierige Aufgabe, bei der die Erfolge schlecht messbar sind und die den Spendern oft nur schwer zu vermitteln ist. Dennoch ist sie

notwendig, wenn wir unserer gemeinsamen Vision von einer gerechteren Welt näher kommen wollen.

Die Tatsache, dass Sie heute zu der Fachtagung mit dem Titel „Ran an die Ursachen“ gekommen sind, zeigt mir, dass Sie sich ernsthaft mit einer Veränderung der Rahmenbedingungen beschäftigen oder beschäftigen wollen. Darin möchte ich Sie ausdrücklich bestärken und hoffe, dass Sie heute wertvolle Anregungen für Ihre Arbeit mitnehmen können.

Dem Nord Süd Forum sage ich herzlichen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit und den mitwirkenden Expertinnen und Experten dafür, dass sie hier ihre Erfahrungen und Know How zur Verfügung stellen. Ich wünsche Ihnen allen eine interessante Veranstaltung.

### 3. Impulsreferat von Thomas Gebauer, medico international



#### I. Ran an die Ursachen!

„Ran an die Ursachen!“ – Genau darum muss es gehen, wenn das Ziel unseres Handelns die nachhaltige Überwindung von Armut und Abhängigkeit sein soll.

Aber tut es das auch? Zielt beispielsweise die Politik der Bundesregierung tatsächlich auf die Beseitigung von Armut, wie sie behauptet? Ist das, was wir, was zivilgesellschaftliche Akteure tun, wirklich geeignet dafür, einen Beitrag zur sozialen Entwicklung und der Befreiung der Menschen zu leisten? Schauen wir nach Haiti, wo vier Jahr nach dem Erdbeben noch immer weit über 100.000 Menschen in provisorischen Zeltstädten und Baracken leben, ohne Aussicht auf Veränderung, verwahrt in einer anscheinend auf Dauer gestellten Lagerexistenz, unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, trotz aller – und das meine ich keineswegs ironisch – trotz aller guten Absichten?

Der fast schon beschwörende Appell „Ran an die Ursachen“ lässt vermuten, dass ein ursachenbezogenes Engagement keine Selbstverständlichkeit ist, zumindest nicht die Regel. Und eben deshalb ist es keine Zeitverschwendung die Dinge, mit denen wir selbst beschäftigt sind, immer wieder kritisch unter die Lupe zu nehmen - ob als aktive Helfer, als Förderer von Projekten, als Spender oder als interessierte Öffentlichkeit.

Notwendig erscheint mir dazu zweierlei: einmal die Analyse der Ursachen selbst: Ist unser Verständnis der Ursachen zutreffend? Ziehen wir die richtigen Schlussfolgerungen? Und dann natürlich die Frage der Strategie: Wie machen wir uns ran an die Ursachen? Nutzen wir unsere Chancen? Zu beiden Bereichen will ich Ihnen ein paar Gedanken vortragen, die mit Blick auf die Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur bruchstückhaft sein können.

#### II. Hilfe kann einerseits zur Befreiung aus prekären Lebensumständen beitragen, sie kann aber auch das genaue Gegenteil bewirken

Entwicklungspolitisches Engagement kann, Sie wissen das aus eigenen Erfahrung, sehr vielfältig sein: wir unterstützen Partner im Süden, wir leisten entwicklungspolitische Bildungsarbeit, organisieren Kampagnen und bemühen uns um politische Einflussnahme, immer mit dem Ziel, für eine Art Ausgleich zwischen Nord und Süd zu sorgen.

Seit vielen Jahren beschäftigt sich die kritische Sozialforschung auch mit der gesellschaftlichen Bedeutung eines solchen Engagements. Erstaunlich ist, mit welcher Klarheit der ambivalente Charakter von Hilfe und Unterstützung herausgearbeitet wurde. Hilfe kann einerseits zur Befreiung aus prekären Lebensumständen beitragen, sie kann aber auch das genaue Gegenteil bewirken und bestehende Abhängigkeiten stabilisieren und so am Ende ausgerechnet die gesellschaftlichen Verhältnisse stützen, die Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen.

Auch auf die legitimatorische Funktion von Hilfe, ist immer wieder verwiesen worden. Eine Welt, die aus Helfern und Hilfsbedürftigen besteht, klingt so viel beruhigender als eine Welt, die in Mächtige und Ohnmächtige, Reiche und Arme, Privilegierte und Ausgeschlossene gespalten ist. Mit eben diesen Spaltungen aber muss sich solidarisches Engagement auseinandersetzen, wenn es „ran an die Ursachen“ gehen will.

### **III. Nicht die Globalisierung als solche ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie stattgefunden hat**

Im Zuge der Globalisierung ist die Welt zwar näher zusammengerückt, zeigt sich aber heute gespaltener denn je. Hier der prosperierende globale Norden mit seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturelle Vorherrschaft, dort der globale Süden, die Zonen des Elends, der Perspektivlosigkeit, des sozialen Ausschlusses. Ich spreche vom globalen Norden und globalen Süden, weil die Spaltungen längst nicht mehr zwischen Nord und Süd verlaufen, sondern sich Zonen des Reichtums auch im Süden entwickelt haben, während sich Phänomene des sozialen Ausschlusses auch am Rande der Städte des Nordens ausbreiten.

In Glasgow hat man das vor einigen Jahren untersucht: was meinen Sie, wie groß der Unterschied in der Lebenserwartung von Bewohnern ärmerer und wohlhabender Stadtviertel von Glasgow ist? Es sind 28 Jahre.

Wachsende Ungleichheit, die Vernichtung von Lebensgrundlagen, die Ernährungskrise, die Auslieferung von Menschen an Naturgewalten, etc. - all das sind aber keine Betriebsunfälle, sondern stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer Ökonomie, deren eigentliches Ziel nicht die Förderung menschenwürdiger Lebensumstände ist, sondern die Erwirtschaftung von Rendite. Nicht die Globalisierung als solche ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie stattgefunden hat: als globale Entfesselung des Kapitalismus, der inzwischen bis in den letzten Winkel der Erde vorgedrungen ist. Erstaunlich genug, auch das Davoser Weltwirtschaftsforum musste kürzlich einräumen, dass mit der Globalisierung auch die Risiken für sozialen Ausschluss dramatisch zugenommen haben.

Die Gründe für die neoliberale Umgestaltung der Welt reichen zurück bis in die 1970er Jahre. Damals schienen hierzulande die Grenzen des Wachstums erreicht und die Schaffung von Rendite nur noch möglich über die Privatisierung von Gemeingütern sowie vor allem die Senkung der Produktionskosten. Dazu mussten die Produktionsabläufe dereguliert, Arbeitsplätze in Billiglohnländer ausgelagert, Unternehmenssteuern gesenkt und der internationale Waren- und Kapitalverkehr liberalisiert werden. Wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme, die vor allem den Ländern des Südens aufgenötigt wurden, sorgten für die notwendigen Voraussetzungen. Vielerorts konnte ein günstiges „Investitionsklima“ nur über einen weitreichenden Sozialabbau erzeugt werden.

Das neoliberale Versprechen aber, das mit der Deregulierung, der Entfesselung der Ökonomie auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als falsch erwiesen. Statt zu einem „trickle down“-Effekt kam es zu dem, was im Englischen „Take it from the needy, give it to the greedy“ genannt wird. Und so hat das weltweite Wirtschaftswachstum die bestehende Ungleichheit nicht beseitigt, sondern verfestigt – bisweilen sogar so vorangetrieben, dass heute aus vielen Teilen der Welt von der Rückkehr der Sklavenwirtschaft berichtet wird.

#### **IV. Regierungen konnten ihre sozialen Aufgaben umso eher vernachlässigen, wie sie von NGOs übernommen wurden**

Sie kennen das Credo des Neoliberalismus; es gipfelt in dem ebenso schlichten wie zynischen Satz: „Wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht!“ Von dort ist es nicht mehr weit gewesen zu Margaret Thatchers monströsem Spruch „There is no such a thing as society“, mit dem sie in den 80er Jahren den Startschuss für die Aushöhlung solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit gab. Zug um Zug sind seitdem die Institutionen sozialer Sicherung, sind Bildung, Gesundheit, Rente, etc. privatisiert und wirtschaftlichen Profitinteressen untergeordnet worden. Obwohl nie empirisch nachgewiesen wurde, dass die private Initiative tatsächlich leistungsfähiger sei als die öffentliche, hat die Verunglimpfung von gesellschaftlichen Institutionen als ineffektiv bzw. als Ausdruck staatlicher Gängelung dazu beigetragen, das Prinzip öffentlicher Verantwortung durch die neoliberal überhöhte Idee von Eigenverantwortung zu ersetzen.

Es sind weitreichende Konsequenzen, die mit der Aufkündigung von Gesellschaftlichkeit, besser deren Unterwerfung unter die Interessen von Ökonomie und Macht, einhergehen. Ein neues Menschenbild entstand, das weniger die sozialen Verhältnisse für die Lage der Menschen verantwortlich machte, als die Menschen selbst. Nicht nur dem Boulevard gelten heute Armut, Bildungsferne oder Flucht als tendenziell selbstverschuldet – die Leute haben es halt nicht gepackt, sie haben ihre Chance nicht genutzt. Übersehen wird dabei, dass der Appell zur Eigenverantwortung just in dem Augenblick erging, als die Voraussetzung für Eigenverantwortung systematisch unterhöhlt wurden, die „capabilities“, die Verwirklichungschancen, wie das Amartya Sen sagen würde, nicht größer, sondern kleiner wurden. Ohne soziale Absicherung, ohne Zugang zu Bildung, Gesundheit, Information, Kultur, ohne Gesellschaftlichkeit kann die Idee von Eigenverantwortung nur in einem auf Eigennutz bedachten Egoismus enden – oder eben in dessen Kehrseite, dem aufgezwungenen sozialen Ausschluss.

Dort, wo öffentlich geregelte Daseinsfürsorge sowieso nur in Ansätzen existiert hatte, in den Ländern des Südens, mündete der Sozialabbau in einem nahezu vollständigen Kollaps öffentlicher Sozialpolitik. Damit ist für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung das verloren gegangen, was in öffentlicher Daseinsfürsorge steckt: nämlich gegenseitige Hilfe. Hilfe freilich, die nicht vom Goodwill einzelner abhängt, sondern über gesellschaftliche Übereinkünfte abgesichert ist, durch demokratisch gebildete Institutionen garantiert und über Mechanismen verpflichtender Umverteilung bzw. fiskalischer Transferleistungen finanziert wird.

Bei aller Kraft, die im Engagement von Hilfsorganisationen steckt, steht außer Frage, dass sie diesen Verlust nur unzureichend kompensieren können. Weder im quantitativen Sinne, noch rechtlich. Im Gegensatz zu öffentlichen Institutionen sind private Hilfsorganisationen, Bürgerstiftungen, etc. den Bedürfnissen und Rechtsansprüchen von Menschen nicht formell verpflichtet. Gegenüber öffentlichen Einrichtungen kann man noch Rechte einklagen, nicht aber gegenüber privaten Organisationen.

Vielleicht ist es notwendig, an dieser Stelle etwas Prinzipielles über NGOs zu sagen, denn auch der immense Bedeutungszuwachs, den lokale Bürgerinitiativen, gemeinnützige Wohltätigkeitsvereine, internationale Menschenrechtsorganisationen, Öko-Aktivisten usw. in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, ist natürlich eine Reaktion auf die gewaltigen politischen Transformationen, die mit der neoliberalen Globalisierung einhergegangen sind.

Es liegt auf der Hand, dass Regierungen ihre sozialen Aufgaben und Verpflichtungen umso eher vernachlässigen konnten, wie sie von NGOs übernommen wurden. Tatsächlich sind die Funktionen, die NGOs heute übernehmen, vielfältig: sie helfen bei der Benennung gesellschaftlicher Probleme, sie kümmern sich um die Beeinflussung der politischen Tagesordnung, sie fungieren als Frühwarnsysteme, mobilisieren das Wissen für mögliche Lösungen und planen deren Umsetzung. Und sie sorgen für jene Daseinsfürsorge, die Staaten nicht mehr leisten, sei es, weil ihnen dazu die fiskalischen Mittel fehlen oder weil sie darin keine öffentliche Aufgabe mehr sehen.



Deutlich wird hier das neoliberale Verständnis von Hilfe, die ja eigentlich gar nicht zur Idee der Eigenverantwortung passt. Sie wurde sozusagen aus der Sphäre öffentlicher Verantwortung in eine wie auch immer geartete private Freiwilligkeit abgeschoben - was natürlich umso leichter fiel, wie private Initiativen sich angeboten haben, die sozialen Verpflichtungen von Gemeinwesen zu übernehmen. Denken Sie dabei an die vielen Wohltätigkeitsevents, die Charity-Dinners, die Bürgerstiftungen, das soziale Engagement von Firmen und Promis, die Tafeln, die sich allesamt um sozialen Ausgleich kümmern, aber – und das ist der gravierende Unterschied – eben auf freiwilliger Basis, selbstredend ohne jede Verpflichtung.

In der Ersetzung gesetzlich geregelter Solidarsysteme durch bürgerliche Wohltätigkeit kommt eine höchst bedenkliche Tendenz zum Ausdruck. In den politischen Wissenschaften wird diese Entwicklung als rückwärtsgewandte Re-Feudalisierung der Verhältnisse bezeichnet. So gesehen bedeuten NGOs nicht nur einen Zugewinn an demokratischer Teilhabe, sondern auch dessen Gegenteil.

## **V. Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind**

Um solidarisches Engagement aus solchen Verstrickungen herauslösen zu können, müssen wir genauer hinsehen. Notwendig ist, auch den latenten Inhalten nachzuspüren, die selbst noch mit wohlmeinenden Hilfeprogrammen transportiert werden. Man kann da einiges entdecken: längst überwunden geglaubte koloniale Übergriffe z.B., ebenso einen affirmativen Pragmatismus, der auf Anpassung statt auf Veränderung zielt und letztlich im Verbot utopischen Denkens mündet. Zu den großen Problemen heutiger Solidaritätspraxis zählt für mich, dass auch sie zunehmend vom ökonomischen Kalkül durchdrungen wird, dass die „Kolonisierung der Lebenswelten“, wie Jürgen Habermas das genannt hat, auch vor den Trägern der Hilfe, den Hilfsorganisationen, nicht halt gemacht hat. Deutlich wird das sowohl in der internen Arbeitsorganisation, als auch in den nach außen verfolgten Konzepten.

Ich nehme an, dass viele von Ihnen aus eigener Erfahrung von den bedenklichen Folgen berichten können, die die anhaltende Ver-Betriebswirtschaftlichung von NGO-Arbeit mit sich gebracht hat. Obwohl sozialer Wandel, und darum sollte es ja gehen, voller Eigensinn und Unbestimmtheit steckt, gilt heute auch unter NGOs ein business-orientiertes Management als Beleg für Professionalität. Nichts gegen genaue Planung. Aber was folgt daraus, wenn die Ziele eines Projektes messbar, realistisch und terminiert sein sollen, wie es einschlägige Managementschulungen fordern. Helfen solche aus der Warenproduktion stammenden Orientierungen im Kampf gegen die Ursachen von Hilfsbedürftigkeit, gegen die strukturelle Armut, gegen ungerechte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, gegen einen Tyrannen? „Mut ist, zu kämpfen auch wenn der Gegner übermächtig ist“, steht es zu recht auf großformatigen Plakaten von Misereor. Aber kann man unter solchen Umständen mit unmittelbar messbarem Output rechnen? Ist ein Engagement, das anfangs womöglich aussichtslos erscheint, mit unzähligen Rückschlägen behaftet sein kann und sich schließlich über Jahre, ja sogar Generationen hinwegzieht, deshalb falsch?

Bedenklich jedenfalls stimmt, dass im entwicklungspolitischen Jargon heute immer häufiger von Investitionen und gar von Erträgen, einem „return of investment“ die Rede ist und die Parameter von Hilfe mehr und mehr von Managern bestimmt werden, die es gewohnt sind, Probleme über die effiziente Verknüpfung von Marktkräften, Technik und Management zu lösen.

Vielleicht nicht immer bewusst, konnte sich so die neoliberal überhöhte Idee von Eigenverantwortung auch in die Konzeptionen von Hilfe einschleichen. Noch heute geistert die Vorstellung, aus Armen „Entrepreneurs“, also Unternehmer in eigener Sache zu machen, durch so manches Entwicklungsvorhaben. Überspitzt formuliert geht es in solchen Projekten nicht mehr um die Beeinflussung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, wozu auch die Verteidigung einer solidarisch verfassten Gesellschaftlichkeit zählen würde, sondern um die Anpassung der Leute an eine ihnen von außen übergestülpte Lebensform, die voller Risiken steckt. Ja, auch

Hilfsorganisationen haben Anteil daran, dass sich die kapitalistische Gesellschaftsform bis in den letzten Winkel der Erde ausbreiten konnte.

Weil den Anderen, den Menschen im Süden, den Partnern vor Ort Anerkennung im Sinne des Zugestehens von Souveränität nicht wirklich zuteil wird, entpuppen sich selbst viele der gut gedachten Empowerment-Ansätze als Anpassungsprojekte. Statt den Leuten dabei zu helfen, alternative Lebensentwürfe zu entfalten, dreht sich noch immer ein Großteil des entwicklungspolitischen Engagements um die Bereitstellung von Tools und Techniken, von Management-Knowhow und Motivationshilfen, um mit den offenbar konstant gesetzten Widrigkeiten dieser Welt besser zurecht zu kommen.

Nicht die Praktiken der Nahrungsmittelmultis stehen im Fokus des Mainstream der Hilfe, sondern Trainingsprogramme, die auf das individuelle Essverhalten zielen. Nicht die strukturelle Gewalt, die Traumata und andere seelische Erschütterungen begründet, sondern die Kurztherapie, die die individuelle „Resilienz“ fördern soll. Nicht das gemeinsame Bemühen um eine angemessene Bildungsreform, sondern die medikamentöse Ruhigstellung derjenigen, die mit dem bestehenden Bildungswesen nicht zurechtkommen. Nicht die Kritik am herrschenden Finanzkapitalismus, sondern die Verführung selbst noch der Ärmsten der Armen, darin auf unterster Ebene mitzuspielen.

Welche fatalen Konsequenzen damit einhergehen, wird am Beispiel von Mikrokrediten deutlich, die über eine gesamte Entwicklungsdekade hinweg propagiert wurden. Es soll gar nicht bestritten werden, dass Mikrokredite unter bestimmten Umständen hilfreich sein können; unter dem Strich aber haben sie die Armut nicht beseitigt, sondern nur „finanzialisiert“. Millionen von Menschen wurden durch Mikrokredite in einen prekären Kreislauf aus Schulden und Schuldentilgung hineingezogen und das Prinzip solidarisch verfasster Hilfe auf den Kopf gestellt. Ein Großteil der heute aufgenommenen Mikrokredite wird für Ernährungssicherung und medizinische Versorgung genutzt. Damit wird die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen nicht nur wieder an die individuelle Zahlungsfähigkeit gekoppelt, sondern sogar noch mit Zinsen belastet. Im Zeichen der Hilfe entstand eine neue, eine verschuldete Existenzform.

Und so erweist sich die Krise der Hilfe als Krise des Gefangenseins in Einstellungen und Überzeugungen, die das Bestehende verlängern, nicht aber überwinden. „Probleme“ aber, darauf hat Albert Einstein schon hingewiesen, „kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Ich erzähle Ihnen all das, weil „Ran an die Ursachen“ für mich immer auch Ideologiekritik meint. Notwendig ist das, was Antonio Gramsci, Kampf um kulturelle Hegemonie genannt hat, das Zurückdrängen neoliberaler Überzeugungen, das Bemühen um eigene Meinungsführerschaft. Und damit sind wir bei der Frage: was tun?

## **VI. An lokalen Kämpfen anzudocken, am widerständigen Begehren der Leute, heißt für mich: Ran an die Ursachen**

Im Prinzip sehe ich zwei Wege, die sich nicht ausschließen müssen, die ich aber – um den Unterschied deutlich zu machen – getrennt erläutere.

Wir können das tendenzielle Staatsversagen – besser: die Lücke zwischen dem Anspruch der Leute auf ein gutes Leben und einer Politik, die offenkundig andere Interessen verfolgt, zum Anlass nehmen, um gemeinsam mit den Ausgeschlossenen, den Opfern des Staatsversagen in Eigeninitiative nach Lösungen zu suchen.

Wir können aber auch, wie beispielsweise Section 27, ein Kollektiv von Anwälten, das aus der Bewegung der AIDS-Aktivist\*innen hervorgegangen ist, unsere Aufgabe nicht darin sehen, stellvertretend für versagende Staatlichkeit in die Bresche zu springen. Die Mitarbeiter von Section 27, ein Partner von medico, engagieren sich für etwas, das sie Human Rights Literacy

nennen: sie informieren die Leute über ihre Verfassungsrechte und helfen ihnen dabei, diese Rechte in der Öffentlichkeit und gegenüber den Behörden geltend zu machen. So werden nicht unbedingt Projekte gefördert, sondern Haltungen: Section 27 hilft, dass Menschen aus der Marginalisierung heraustreten und sich als Bürger, als Citoyen auf der politischen Bühne zu Wort melden. Die öffentlichen Räume, die dabei entstehen, sind die Voraussetzung dafür, dass sich Widerspruch artikulieren kann und zu einer politischen Kraft wird.

Nichts anderes hat sich übrigens auf den Plätzen von Kairo, Stuttgart, Istanbul oder Sao Paulo ereignet. Die Auflehnung, die da manifest wurde, richtete sich gegen ein autoritäres, oft als alternativlos apostrophiertes „Durchregieren“, mit dem die Kolonisierung der Lebenswelten, die anhaltende Enteignung von Gemeingütern und die Einengung öffentlicher Räume durchgesetzt werden soll. Ob als Einzelkämpfer, als Teil sozialer Bewegungen, in gewerkschaftlichen Gruppierungen oder in Menschenrechtsvereinen, mit ganz unterschiedlichen Politikformen drängen heute überall in der Welt die Leute auf die Rückeroberung von Öffentlichkeit, auf eine Politik der sozialen Verantwortung als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle.

In eben diesen Prozessen und Bewegungen liegt für mich die Chance für nachhaltige Veränderungen. An lokalen Kämpfen anzudocken, am widerständigen Begehren der Leute, heißt für mich: Ran an die Ursachen.

## **VII. In den Menschenrechten steckt mehr als nur die abstrakte Idee für ein gutes Leben**

„Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade“, diese drastischen Worte werden Pestalozzi, einem Zeitgenossen der Französischen Revolution zugeschrieben. Eindrücklich wird uns darin eine Kategorie in Erinnerung gerufen, die zuletzt immer stärker unter Druck geraten ist: die Idee verfassungsmäßiger Rechte. Die aber ist insofern entscheidend, als Menschen sich nur als Teil rechtlich verfasster Gemeinschaften ihre Rechte sichern. Nur dort, wo beispielsweise ein öffentlich getragenes Gesundheitswesen existiert, kann das Recht auf Gesundheit auch geltend gemacht werden. Fehlen öffentliche Institutionen, läuft das Recht sozusagen ins Leere.

Ran an die Ursachen heißt deshalb, sich einen solchen politischen Menschenrechtsbegriff zu Eigen zu machen. Denn in den Menschenrechten steckt mehr als nur die abstrakte Idee für ein gutes Leben. Sie verweisen auch auf die Verpflichtung von Gemeinwesen, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu sorgen. Rechte begründen Rechtsansprüche, die nichts wert wären, wenn sie nicht mit entsprechenden öffentlichen Garantien einhergingen.

Gott und die Welt reden in diesem Zusammenhang heute von Gemeingütern, aber auf fast schon abenteuerliche Weise scheint dabei völlig offen zu sein, was denn Gemeingüter seien. Geht es um Serviceangebote, um Güter also, die ein Staat bereitstellt und zu denen alle Zugang haben müssen, oder geht es mehr um Prozesse, um ein commoning, mit dem Gemeinwesen klären, wie sie mit Ressourcen umgehen wollen. Ob sie zum Beispiel Hightech Medizin wollen, die am Ende nur wenigen zu Teil wird, oder eine höchst mögliche Versorgung für alle?

Zu den beherrschenden entwicklungspolitischen Themen zählt gegenwärtig die Debatte über mögliche MDG-Nachfolgeziele. Auffallend ist, dass vor allem Experten und Politiker miteinander diskutieren, aber diejenigen, um deren Entwicklung es geht, praktisch überhaupt nicht zu Wort kommen. Deutlich wird in der Post 2015 Debatte, dass Global Governance keineswegs ein Mehr an demokratischer Beteiligung bieten muss und sich die „runden Tische“ als Verschleierung bestehender Machtunterschiede erweisen können. Aber muss nicht die Art und Weise, wie Armut zu bekämpfen wäre, von den Armen selbst entschieden werden? Die womöglich ein ganz anderes Gesellschaftsmodell und andere Formen von Ökonomie vor Augen haben, als die, mit denen Entwicklungsexperten die Welt überziehen?

## VIII. Leisten Sie sich utopisches Denken. Wer Visionen hat, muss nicht zum Arzt gehen

Wenn ich zum Schluss von der Arbeit von medico erzähle, dann nicht um Werbung zu machen, sondern an einem Beispiel, das ich etwas genauer kenne, zu erläutern, was „Ran an die Ursachen“ konkret heißen könnte.

Gestartet ist medico als klassische Hilfsorganisation, die über konkrete Hilfsprojekte zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage in der Welt beitragen wollte. Das tun wir zwar noch immer, doch gab es in den letzten 20 Jahren eine deutliche Akzentverschiebung: wichtiger als ein einzelnes Projekt wurden uns die Beziehungen zu den Partnern. Mehr und mehr gewannen wir die Überzeugung, dass strukturelle Veränderungen nur gelingen, wenn Menschen über nationale Grenzen hinweg beginnen, gemeinsam für eine andere, eine solidarische Welt zu streiten.

Über die konkrete Projektarbeit hinaus, haben wir deshalb begonnen, gezielt den Aufbau transnationaler Vernetzungen zu fördern. Aus der Unterstützung von Kriegsversehrten wurde die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen, aus der Versorgung von ländlichen Dorfapotheken mit Arzneimitteln der pharmakritische Zusammenschluss von Ärzten und Pharmakologen Health Action International, aus der Betreuung von Folter- und Repressionsoptionen eine internationale Kooperation von Psychotherapeutinnen und -therapeuten, aus der vielfältigen Kooperation mit Gesundheitsaktivisten in aller Welt schließlich das „Peoples Health Movement“, das 2000 in Bangladesch gegründet wurde, und in dem heute Hunderte von Initiativen, lokalen NGOs und Basisprojekten zusammengeschlossen sind.

Das klingt naheliegend, aber ist unglaublich kompliziert. Denn im Gegensatz zur ökonomischen Globalisierung befindet sich das gegen-hegemoniale Projekt einer unabhängigen transnationalen Öffentlichkeit, die wirksam für Emanzipation und demokratische Selbstbestimmung eintreten kann, noch immer erst im Prozess des Werdens.

Der Leitsatz aus der Umweltbewegung: „Global denken, lokal handeln“, hat in den Kämpfen um soziale Rechte und Demokratie bislang noch nicht die strategische Relevanz gefunden, die nötig wäre. Ein gemeinsames Verständnis von den zentralen Prinzipien, die sich durch die Menschenrechte ziehen, ist noch nicht so entfaltet.

Noch fehlt z.B. ein Konsens über das Prinzip der Nicht-Diskriminierung, wenn wir zulassen, ärmere und ältere Menschen mit Minimalversorgungen abzuspeisen. Noch fehlt Konsens, was das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung konkret meint, welche Form von Staatlichkeit wir uns vorstellen. Noch schwanken wir auch in unseren Vorstellungen vom Prinzip demokratischer Konstitution. Bedarf es dazu eines neuen globalen Gesellschaftsvertrages, der wichtige Grundprinzipien, drei habe ich gerade erwähnt, für alle klärt und so weltbürgerliche Verhältnisse vorbereitet, oder lassen wir tausend Blumen blühen und vertrauen darauf, dass sich die Dinge schon von unten entwickeln werden.

Systematisch organisiert medico heute auch strategische Meetings, zu denen wir Menschen aus allen Teilen der Welt einladen, um gemeinsam über Ziele und Ansätze für gemeinsame Strategien nachzudenken. Bei allen Gegensätzen, die mit Blick auf mitunter völlig unterschiedliche Erfahrungswelten nicht überraschen, tauchen auch Gemeinsamkeiten auf. Im Bereich globaler Gesundheitspolitik z.B. die Verteidigung und der Ausbau öffentlicher Versorgungseinrichtungen. Während hierzulande der Widerstand gegen die Privatisierung wächst, drängen Aktivisten im Süden darauf, die Gemeinwesen zu stärken, um Gesundheit aus der Abhängigkeit von privater Kaufkraft herauszulösen. Im Schnittpunkt nimmt die Idee einer steuerfinanzierten sozialen Infrastruktur Kontur an, eines Ensembles von Gemeingütern, das allen Menschen kostenfreien Zugang zu Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherung, Kultur, Information, Mobilität, etc. ermöglicht.

Was tun? Lassen Sie mich Ihnen eine letzte Empfehlung geben: Leisten Sie sich utopisches Denken. Wer Visionen hat, muss nicht zum Arzt gehen. Mit Blick auf das multiple Krisengeschehen, das unter dem Banner des Realismus eskaliert ist, müssen ernstzunehmende Projekte absichtsvoll über einen realistisch-pragmatischen Rahmen hinausreichen.

## 4. Praxisbeispiele aus den Workshops



Die Teilnehmer\_innen der Workshops bei der Diskussion



Die Ergebnisse aus den Workshops werden im Abschlussplenum vorgestellt

Für die Arbeit in den Workshops werden folgende Handlungsfelder vorgestellt und als Leitfragen mitgegeben:

### Mögliche Handlungsfelder zur Ursachenbekämpfung:

1. Bildungsarbeit und öffentliche Aktionen hier in Deutschland
2. Politische Einflussnahme der Initiativen in Deutschland
3. Unterstützung von sozialen Bewegungen und nicht nur von Projekten (wer sind die Partner\_innen und was könnten sie strukturell verändern?)
4. Empowerment als Mittel und Zweck von Südprojekten

### Entsprechende Leitfragen für die Workshops:

1. Inwieweit haben globale Zusammenhänge oder hat hiesiges Verhalten die Problemlage des Projekts mit verursacht? Welche Maßnahmen zur Bildungsarbeit oder öffentliche Aktionen in Deutschland werden dazu bereits durchgeführt oder sind denkbar?
2. Inwiefern kann Politik auf deutscher oder internationaler Ebene oder im Projektland zur Ursachenbekämpfung beitragen? Nimmt der hiesige Projektpartner bereits auf diese politischen Ebenen Einfluss oder welche Maßnahmen sind denkbar?
3. Sind die Projektpartner\_innen vor Ort mit anderen Initiativen vernetzt oder Teil einer sozialen Bewegung, um strukturelle Veränderungen gemeinsam durchzusetzen? Wie kann diese Vernetzung – auch über das eigentliche Projekt hinaus - unterstützt werden?
4. Inwieweit trägt das Projekt zu einer Befähigung und Stärkung der Kompetenzen beider Projektpartner\_innen (Empowerment) bei? Welche Maßnahmen sind denkbar, um dies zu erreichen?

## 4.1 ‚Coffee to go‘ – mit dem Geschmack der Vertreibung

**Träger:** Internationale Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland e.V.  
**Zielregion:** Mubende, Uganda  
**Expertin:** Marlies Olberz, FIAN Arbeitskreise ‚Agrar‘ und ‚Gender‘ und Lokalgruppe München  
**Moderator:** Horst Kühnle, Campo Limpo e.V.

### **„Mehr Vernetzung auf allen Ebenen!“**

(Marlies Olberz)

Im August 2001 vertreibt und enteignet die ugandische Armee gewaltsam rund 4.000 Bewohner\_innen des Bezirks Mubende. Auslöser ist die Verpachtung ihres Landes durch die ugandische Regierung an die Kaweri Kaffee-Plantage, einer Tochtergesellschaft der Hamburger Neumann-Gruppe. Mit seinem Vorgehen missachtet der ugandische Staat sowohl die eigenen als auch die internationalen Rechtsstandards. Die deutsche Regierung missachtet bestehende Regelungen zum Schutz der Menschenrechte.

2.041 Betroffene organisieren sich daraufhin in der Gruppe ‚Wake up and fight for your rights, Madudu Group‘, deren friedlichen Kampf um ihr Land FIAN seit 2002 unterstützt. Die Vertriebenen verklagen im August 2002 beim Hohen Gericht in Kampala die ugandische Regierung und die Kaweri Kaffee Plantage. FIAN berät sich bei Rechercheisen mit den Betroffenen, lädt deren Vertreter zu Vorträgen und Gesprächen mit Politikern nach Deutschland ein und richtet Eilaktionen an den ugandischen Präsidenten. Darüber hinaus organisiert FIAN eine europaweite Postkarten-Aktion an die Neumann-Gruppe und führt eine öffentliche Aktion vor der Firmenzentrale durch. Nach mehrfach gescheiterten Bemühungen, eine außergerichtliche Einigung zu erzielen, reicht FIAN gemeinsam mit den Vertriebenen 2009 bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle eine Beschwerde gegen die Neumann Gruppe wegen Verletzung der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen ein. Im März 2013 spricht das Hohe Gericht in Kampala ein Urteil zugunsten der Vertriebenen. Kaweri legt dagegen Berufung ein.

## 4.2 Brigadereisen nach Nicaragua

**Träger:** Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.  
**Zielregion:** Matagalpa, Nicaragua  
**Experte:** Andrés Schmidt, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.  
**Moderatorin:** Sylvia Baringer, Fachstelle Eine Welt im RGU

### **„Keine Almosenmentalität, sondern gleichberechtigte Partnerschaft“**

(Andrés Schmidt)

Bereits seit 1999 besteht die Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Büro und einer eigenständigen, als NGO firmierenden Sektion der *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN), einer landesweiten, parteiunabhängigen Organisation. Die MCN beschäftigt sich vorrangig mit politischer Bildungsarbeit, juristischer Aufklärung und fördert die Selbstorganisation verschiedenster Gruppen. Nicht das Übernehmen staatlicher Aufgaben und Verantwortung wird hier angestrebt, sondern die Befähigung und Stärkung der lokalen Bevölkerung ihre gesetzlich zustehenden Rechte einzufordern. Der hierdurch erzeugte Mentalitätswandel soll langfristig zu strukturellen Veränderungen beitragen.

Um diesem Ansatz des „Empowerment“ gerecht zu werden, entsendet das Ökumenische Büro alle zwei Jahre eine über Seminare gut auf das Projekt vorbereitete Brigade-Gruppe nach Nicaragua. Deren Aufgabe besteht darin, die Baukosten für ein Gemeindeaktionszentrum aufzutreiben und an den Bauarbeiten mitzuwirken. Diese auf Wunsch der Partner\_innen entstehenden Zentren sollen eine Plattform der aktiven Selbstorganisation darstellen und als Räumlichkeiten dienen, in denen Versammlungen und Fortbildungen abgehalten werden können.

Nach Abschluss der Bauarbeiten gehen sie in den Besitz der Gemeinde über. Die Brigadist\_innen tragen nach ihrer Rückkehr über Veranstaltungen und Medienbeiträge dazu bei, die Arbeit der MCN bekannter zu machen. Über die Reisen hinaus steht das Ökumenische Büro in inhaltlichem Austausch mit der Organisation, bittet deren Spezialist\_innen um thematische Stellungnahmen und lädt Vertreter\_innen nach München ein.

#### **4.3 Bau einer neuen Buschclinic**

**Träger:** Help Liberia-Kpon Ma e.V.  
**Zielregion:** Hinterland Liberias / West-Africa  
**Experte:** Thomas Böhner, Help Liberia-Kpon Ma e.V.  
**Moderator:** Heiko May, Die Ecuador Connection / Handicap International e.V.

##### ***„Man muss sich auf einen längeren Prozess einstellen“***

(Thomas Böhner)

Nach 14 Jahren Bürgerkrieg (bis 2004) fehlt es der heutigen Regierung von Liberia an Kapazitäten, die frühere Gesundheitsinfrastruktur selbst wieder herzustellen. Es mangelt an Geld zur Ausbildung neuer Dorfhebammen oder Primary Health Workers. Auch ist das frühere medizinische Wissen größtenteils abhanden gekommen, da die meisten „Country Doctors“ im Krieg umgekommen sind.

Help Liberia-Kpon Ma e.V. plant aus diesem Anlass den Bau eines neuen Krankenhauses. Dafür werden Kontakte zu leitenden Gemeindemitgliedern aufgebaut, um diese zu informieren und zu sensibilisieren. Durch verschiedenste Aktionen (Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge in Schulen) wird die deutsche Bevölkerung informiert, Geld für das Projekt gesammelt und neue Mitglieder geworben. Zusätzlich finden Kooperationsversuche mit anderen, in Liberia ansässigen, NGO's statt (z.B. „Netzwerk Liberia“). Außerdem wird eine Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen und Unternehmen, die in Liberia tätig sind, gepflegt. Ziel der Vernetzung ist die Erweiterung und Nutzung wichtiger Kontakte sowie die Unterstützung von (gemeinsamen) Kampagnen.

#### **4.4 Nach-Beben und Frauenpower an Perus Küste**

**Träger:** Perugruppe München  
**Zielregion:** Lateinamerika / Peru / südliche Küste  
**Experte:** Heinz Schulze, Perugruppe München  
**Moderatorin:** Marita Matschke, Vorstand Nord Süd Forum e.V.

##### ***„Fragt uns doch zuerst ob wir Fisch mögen bevor Ihr uns das Fischen lehrt“***

(Auma Obama)

Vor über fünf Jahren erschüttert ein Erdbeben die südliche Küste Perus. Ein Großteil der auf staatlicher Ebene koordinierten finanziellen Unterstützung „versickert“: kaputte Häuser und sehr hohe Arbeitslosenquoten sind weiterhin die Regel. Es gründet sich das „Komitee für einen gerechten Wiederaufbau“, an dem auch *Fortalece/Red Peru*, eine Partnerorganisation der Perugruppe, beteiligt ist. Einige Frauen aus dem Komitee entwickeln die Projektidee, Schokolade und Pralinen herzustellen und zu verkaufen. Vor Ort wird das Konzept erarbeitet: Erlernen der Schokoladen-Herstellung, Kostenkalkulation, Teamarbeit, Werbung und Buchführung. Die finanzielle Unterstützung (Umsetzung, Fortbildungen, etc.) kommt über eine Stiftung, deren Kontakt die Perugruppe vermittelt. Schnell schließen sich der Kerngruppe der Frauen weitere Interessierte an. Weitere Fortbildungen und regelmäßige Praxis-Prüfungen werden organisiert. Bei einem Regionalwettbewerb gewinnt die hergestellte Schokolade den 1. und den 3. Platz! Zehn Frauen verkaufen ihre Produkte mittlerweile regelmäßig über Läden.

Aus dem Erfolg der Frauen ergeben sich weitere Kontakte und Projekte: Über eine, von Youventus/ZBB e.V. mitorganisierte, Zukunftswerkstatt für Jugendliche entsteht ein Projekt zum nachhaltigen Tourismus; Eine weitere Gruppe von Frauen hat die Idee hygienisch zubereitete Mahlzeiten an Pilger\_innen zu verkaufen, was von einer deutschen Stiftung finanziert wird; Unter den organisierenden Frauen aus der Region stellt sich Gesprächsbedarf über gesunde Sexualität heraus, was zu einigen Aktivitäten u.a. über Verhütung, Mutterschaft und Anzeige sexueller Übergriffe führt. Darüber hinaus entsteht eine vertiefte Vernetzung mit Münchner Student\_innen der Sozialarbeit, von denen bisher fünf ein halbjähriges Praktikum im Komitee absolvieren konnten.



## 5. Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussplenum

Aus den Diskussionen in den Workshops ergeben sich Handlungsempfehlungen. Diese werden von den Arbeitsgruppen im Abschlussplenum präsentiert und von Thomas Gebauer in seinem Schlusswort kommentiert:

- a) Eine „gemeinsame Vision“ soll der Partnerschaft als Grundlage dienen
- b) Vernetzungsarbeit und Kooperationen sollen die Projekte ergänzen
- c) Die Partner\_innen sollen befähigt werden, ihre Rechte zu erkennen und einzufordern
- d) Soziale Bewegungen sollen unterstützt werden
- e) Die politische Unabhängigkeit der Projekte und Projektpartner\_innen muss bewahrt werden. Im Zentrum sollen gemeinsame Ziele stehen, nicht die politische Gesinnung
- f) Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hierzulande sollen Teil des Projekts sein
- g) Das Projekt soll auf gleichberechtigter Partnerschaft beruhen
- h) Das Bemühen um Nachwuchs in der Projektarbeit soll die Fortsetzung der Arbeit sicherstellen
- i) Das Einbringen entwicklungspolitischer Themen in die politische Agenda soll als bedeutende Handlungsebene mitgedacht werden

### **a) Eine „gemeinsame Vision“ soll der Partnerschaftsarbeit als Grundlage dienen**

Das viel bemühte Wort der Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist von entscheidender Bedeutung für jede partnerschaftliche Arbeit. Gemeinsame Visionen und Ziele bilden die Grundlage für einen Dialog und Austausch unter Gleichen. Allzu oft in der Vergangenheit führte solidarischer Engagement dazu, Abhängigkeiten zu stabilisieren und staatliche Pflichten aus gut gemeinter Initiative zu übernehmen. Doch gilt es vielmehr, einem politischen Menschenrechtsbewusstsein durch geschützte verfassungsmäßige Rechte Vorschub zu leisten. Erst als Teil rechtlich verfasster Gemeinschaften können die Menschen ihre Grundrechte tatsächlich einfordern und realisieren. Ohne öffentliche Institutionen läuft dieses Recht ins Leere.

Dieser Prozess darf nicht im Sinne der vorherrschenden ökonomischen Logik an kurzfristigen, aktionistischen und schnell messbaren Zielen ausgerichtet sein. „Sozialer Wandel lässt sich nicht am Reißbrett planen“ (Thomas Gebauer). Gegen strukturelle Armut, ungerechte Macht- und Herrschaftsverhältnisse und zur Bekämpfung der Ursachen von Hilfsbedürftigkeit müssen grundlegendere Mittel, die über einen realistisch-pragmatischen Rahmen hinausreichen, herangezogen werden. Erst der Mut zu alternativen Lebensentwürfen, Ideologiekritik und gemeinsame Visionen ermöglichen es, die bestehenden Paradigma zu hinterfragen und auf Solidarität und Souveränität gebaute Veränderungen zu schaffen.

### **b) Vernetzungsarbeit und Kooperationen sollen die Projekte ergänzen**

Um Synergien zu erzeugen und Kräfte zu bündeln, ist Vernetzungsarbeit unabdingbar. Netzwerke in Deutschland dienen der Weitergabe von Erfahrungen und Wissen. Zudem stoßen sie mögliche Kooperationen an. Zu einer erfolgreichen Vernetzungsarbeit gehört auch, den Projektpartner\_innen hier bei uns Gehör zu verschaffen (z.B. über Delegationsreisen). Um einen ausgewogenen Austausch zwischen Süd und Nord weiter zu forcieren, aber auch um Vernetzungen zwischen lokalen Initiativen anzustoßen, sollen vor Ort der Projekte ebenfalls Kontakte hergestellt und erweitert werden. Dabei muss jedoch mitbedacht werden, dass in den Ländern des Südens die Überwindung von Entfernungen, zum Zwecke der Vernetzung, aus finanziellen aber auch alltagsbedingten Gründen (z.B. fehlende Kinderbetreuung) nicht immer geleistet werden kann. Zur Netzwerkarbeit in den Ländern des Südens gehört außerdem die Überlegung, mit politischen Akteuren oder Kommunen Kooperationen einzugehen oder gemeinsame öffentliche Aktionen durchzuführen. Dadurch können eine größere Öffentlichkeit, finanzielle Mithilfe oder Unterstützung bei der Langzeitbetreuung erreicht werden.

### **c) Die Partner\_innen sollen befähigt werden, ihre Rechte zu erkennen und einzufordern**

An die Stelle einer Almosenmentalität soll die Befähigung der lokalen Bevölkerung treten, die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte zu erkennen und einzufordern. Dieser Ansatz der „Human Rights Literacy“ arbeitet mit einem politischen Menschenrechtsbegriff und setzt diesen auch ein. Nicht Projekte werden hier gefördert, sondern Haltungen. Über Bildungsarbeit beispielsweise kann dieses Bewusstsein hergestellt oder über Rechte aufgeklärt werden. Nach Möglichkeit sollen Plattformen entstehen, in denen Menschen in ihrem eigenen Land über ihre Situation und Erlebnisse berichten und reflektieren können. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass keine originär staatlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten übernommen werden und Parallelstrukturen entstehen. Außerdem ist es wichtig, dass die daraus entstehenden Aktionen vorausschauend ausgerichtet sind, um eine Wiederholung bzw. das erneute Auftreten des Problems an anderer Stelle zu vermeiden.

### **d) Soziale Bewegungen sollen unterstützt werden**

Um den möglicherweise begrenzten Wirkungsradius von Projekten zu durchbrechen, sollen soziale Bewegungen unterstützt bzw. an lokalen Kämpfen angedockt werden. Wichtige Voraussetzung für die Eignung dieser Bewegungen ist, dass sie sich *gegen* autoritäres Durchregieren und Enteignen von Gemeingütern richten und sich *für* eine Politik der sozialen Verantwortung und die Rückeroberung von öffentlichen Räumen einsetzen.

### **e) Die politische Unabhängigkeit der Projekte und Projektpartner\_innen muss bewahrt werden. Im Zentrum sollen gemeinsame Ziele stehen, nicht die politische Gesinnung**

Die Diskussion von entwicklungspolitischen Zielen und die Verständigung über diese sind ohne Zweifel immer politisch. Entwicklungspolitische Arbeit kann deshalb niemals „unpolitisch“ sein. Dennoch sollte das Überstülpen von, wie auch immer motivierten, politischen Annahmen vermieden werden. Den Partnern\_innen soll Raum gegeben werden, selbst ihre Ziele zu formulieren. Diese politische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit soll auf finanzieller Ebene, mit Blick auf die Agenda des Projektes aber auch hinsichtlich der eigenen Organisation gegeben sein. Dazu gehört auch, dass mögliche Partner\_innen unabhängig von ihrer politischen Orientierung in Projekte eingebunden werden. Natürlich sollten sie nicht von Parteien instrumentalisiert werden. Als ausschlaggebend gilt die praktische Arbeit, über die Menschen motiviert und gemeinsame Handlungsinteressen und -Ziele erarbeitet werden. Die Verbesserung der Lebensbedingungen sollte die Prämisse, jenseits von Parteizugehörigkeit und ideologischen Priorisierungen, sein. Einmischung und Neutralität werden dabei immer in einem Spannungsverhältnis stehen.

### **f) Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hierzulande sollen Teil des Projekts sein**

Im Zentrum der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit stehen die Sensibilisierung über Ursache-Wirkung-Zusammenhänge der globalen Welt sowie Anregungen zur Reflexion eigener Werte- und Handlungsmuster. Wichtige Inhalte hierfür entstehen beispielsweise über Eindrücke aus der Projektarbeit, die die Folgen neoliberaler Politik deutlich(er) machen. Ein Transfer von Erfahrungen aus den Ländern des Südens (z.B. über Brigadereisen oder Einladen von Betroffenen) in die politische Bildungsarbeit kann zudem das Bewusstsein für strukturelle Zusammenhänge schärfen und Multiplikatoreneffekte erzielen. Diese Beispiele aus der entwicklungspolitischen Projektarbeit sollen ebenso aufzeigen, dass und welcher Wandel auch hier bei uns stattfinden muss. Alltagsnahe, umsetzbare Bezüge und Aktionsfelder (z.B. Konsumverhalten) stellen sich hierfür als besonders geeignete pädagogische Werkzeuge dar. Darüber hinaus sollen vermehrt Grundsatzfragen (was bedeutet Glück oder Lebensqualität?) gestellt werden, die zu vertiefter Hinterfragung eigener Werte und Handlungsmuster führen.

Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen, Aktionen im Internet, Veranstaltungen, Dokumentationen) spielt eine wichtige Rolle dabei, größeres Medieninteresses zu wecken. Eine anerkannte Methode, direkte Sprachrohre für die Projektpartner\_innen zu schaffen, stellen beispielsweise Delegationsreisen dar.

#### **g) Das Projekt soll auf gleichberechtigter Partnerschaft beruhen**

Projektarbeit auf Augenhöhe bedeutet vor allem, dass die Partner\_innen voneinander und miteinander lernen. Hierarchische Strukturen zu Gunsten der „Geber\_innen“ sind zu vermeiden. Vielmehr sollen vorhandene Projektideen und Anfragen der Menschen aufgegriffen und mit der Freiheit ausgestattet werden gegebenenfalls zu scheitern. Außerdem gilt es, lokale, soziale und kulturelle Bedingungen vor Ort in der Projektarbeit zu berücksichtigen. Auch alltagsbedingte Hindernisse bei der Umsetzung sollen stets reflektiert und eigene Annahmen von Machbarkeit hinterfragt werden. Nach dem Prinzip einer „solidarischen Begleitung“ darf jedoch bei Konflikten eingegriffen und Bedürfnisse hinterfragt werden. Dazu gehören auch klar formulierte Absprachen in der Zusammenarbeit (z.B. Projektabrechnung, Einhaltung von Fristen, etc.). Der gegenseitige Austausch und Lernprozess kann intensiviert werden durch Einbinden von Menschen aus dem Süden in die Projektarbeit im Norden, organisierte Brigadereisen oder Praktika.

#### **h) Das Bemühen um Nachwuchs in der Projektarbeit soll die Fortsetzung der Arbeit sicherstellen**

Damit gute Projekte und langjährige Kontakte weiterbestehen können, soll die Rekrutierung von Nachwuchs nicht aus den Augen verloren werden. Dazu gehört auch das Fördern und Fordern entwicklungspolitischen Engagements junger Menschen.

#### **i) Das Einbringen entwicklungspolitischer Themen auf die politische Agenda soll als bedeutende Handlungsebene mitgedacht werden**

Von großer Bedeutung für die nachhaltige Umsetzung entwicklungspolitischer Themen ist eine entsprechende Lobby-Arbeit bzw. die Nutzung vorhandener politischer Optionen (z.B. Europawahl, Parallelberichte der UNO). Über politische Kanäle lassen sich beispielsweise Appelle an die Verantwortung global agierender Wirtschaftsunternehmen oder Investoren formulieren oder Verstöße gegen international geregelte Richtlinien (z.B. der OECD) angehen. Auch hier gilt die UN-Menschenrechtscharta als wichtiges Werkzeug.

## Anhang: Teilnehmerliste

	Nachname	Vorname	Name der Organisation und Rechtsform
1	Rodriguez	Margot	Asociación Cultural Latina Chasqui e.V.
2	Pietzsch	Marisa	Ärzte der Welt e.V.
3	Pereda	Cesar	Asociación Cultural Latina Chasqui e.V.
4	Amiri	Michaela	Attac München
5	Kivran	Nükhet	Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München
6	Huber	Franz	Bell Amani Frieden-Stiftung
7	Mukadi Dah Vignon	Claude Kalume Wa	Bell Amani Frieden-Stiftung
8	Markolf	Ursula	Botschafterkreis München der Georg Kraus Stiftung, Hagen
9	Heid	Rüdiger	buntkicktgut
10	Hiller	Johannes	buntkicktgut
11	Kofia	Oussman	buntkicktgut
12	Schröder	Sven	buntkicktgut
13	Marius	Johanna	BPW Germany e.V.
14	Herzum	Katja	CED-Stiftung, Christlicher Entwicklungsdienst
15	Glaser	Sylvia	Coming Home
16	Rössler	Christoph	Commit to Partnership e.V.
17	Salzhuber	Stephanie	Commit to Partnership e.V.
18	Schneeweiß	Verena	Commit to Partnership e.V.
19	Seeling	Susanne	Commit to Partnership e.V.
20	Müller-Guntrum	Eckhard	Das Hunger Projekt e.V.
21	Rieppel	Leni	Das Hunger Projekt e.V.
22	Bugl	Sebastian	Erzbischöfliches Ordinariat München und Freising
23	Diakon Frey	Dietmar	Evang.-Luth. Dekanat München
24	Satzinger	Renate	Evang.-Luth. Kirchengemeinde Dreieinigkeitskirche
25	Olberz	Marlies	FIAN-Deutschland e.V.
26	Kroll	Michael	Fides e.V.
27	Bruhn	Maja	Gesellschaft für bedrohte Völker
28	Buness	Vincent	Gesellschaft für bedrohte Völker
29	Rieger	Gertraud	Gesellschaft für bedrohte Völker
30	Slesareva	Takjanaj	Gesellschaft für bedrohte Völker
31	Zaotschnaja	Tjan	Gesellschaft für bedrohte Völker
32	Hoese	Patrick	Habitat for Humanity Deutschland e.V.
33	Rodenbach	Georg	Habitat for Humanity Deutschland e.V.
34	Dr. med. Wirtgen	Waltraud	AK HaMuPa
35	Prehl	Uta	Handicap International e.V.
36	Böhner	Thomas	Help Liberia - Kpon Ma e.V.
37	Bornemann	Heghine	Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.
38	Bytow-Wiessheimer	Sylvia	Knorr-Bremse Global Care e.V.
39	Steinbrink	Christoph	LMU München
40	Kock	Hannah-Sophie	NagerIT e.V.
41	Melcher	Eli	Nord Süd Forum München e.V.
42	Lammers	Andrea	Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
43	Schmidt	Andrés	Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

	<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Name der Organisation und Rechtsform</b>
44	Faulhaber	Nikola	peace brigades international – Deutscher Zweig e.V.
45	Stemplinger	Michaela	peace brigades international – Deutscher Zweig e.V.
46	Schulze	Heinz	Perugruppe München
47	Schwaiger	Angelika	SOS-Kinderdörfer weltweit – Hermann-Gmei- ner-Fonds Deutschland e.V.
48	Hopfer-Kubsch	Ruth	Studiosus Foundation e.V.
49	Asadi	Sharif	Sudan Face e.V.
50	Goc	Gregory	Sudan Face e.V.
51	Fischer	Judith	terre des hommes
52	Schepanski	Gabi	terre des hommes
53	Rapp	Christoph	Verein zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs e.V.
54	Ringler	Andreas	Verein zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs e.V.
55	Zeiselmair	Andreas	Verein zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs e.V.
56	Mohr	Annemarie	Women in Europe for a Common Future e. V. Deutschland
57	Letsch	Fritz	youventus international
58	Dr. Rohr	Stefan	Zahnärzte ohne Grenzen (DWLF)
59	Kloning	Teresa	ViaNiños e.V. / inner vision e.V.
60	Syrota	Elina	
61	Franck	Robert	
62	Köhler	Gabriele	
63	Finger-Collazos	Zoraida	

**Kontakt:**

**Landeshauptstadt München**  
**Stelle für Internationale Angelegenheiten**  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

Renate Hechenberger  
Telefon: (089) 233 - 92 776  
internationales@muenchen.de

[www.muenchen.de/internationales](http://www.muenchen.de/internationales)

**Referat für Gesundheit und Umwelt**  
**Fachstelle Eine Welt**  
Bayerstr. 28a  
80335 München

Sylvia Baringer  
Telefon: (089) 233 - 47 561  
einewelt.rgu@muenchen.de

**Nord Süd Forum München e.V.**  
Schwanthalerstr. 80  
80336 München

Kai Schäfer  
Telefon: (089) 85 63 75 23  
info@nordsuedforum.de

[www.nordsuedforum.de](http://www.nordsuedforum.de)